

# „Jetzt robben sich alle ran“

SPD-Chef Hans-Jochen Vogel will endlich Klarheit: Gleich nach der Landtagswahl im Saarland am kommenden Sonntag soll Oskar Lafontaine zum Kanzler-

kandidaten der Sozialdemokraten ausgerufen werden. Lafontaine traut sich diese Aufgabe durchaus zu, zögert aber immer noch – auch aus wahltaktischen Gründen.

**D**en Genossen verschlug es fast die Sprache. So forsch wie am vergangenen Montag, in der ersten SPD-Präsidiumssitzung 1990, hatten sie ihren Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel lange nicht erlebt.

Der Brandt-Nachfolger, mit Etiketten wie Integrator, Oberlehrer, Chefdezernent und „der mit den Klarsicht-hüllen“ bedacht, will eine riskante Operation einleiten. Er werde sich, so Vogel, nicht länger an alte Vereinbarungen halten, sondern bereits nach der saarländischen Landtagswahl am 28. Januar seinen Vorschlag für einen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten machen. Die Genossen wußten, wen er meinte: Oskar Lafontaine.

Vogel will nicht länger als möglicher Kanzlerkandidat gehandelt werden, nachdem sich die Mehrheit der SPD auf dem Berliner Parteitag nach Lafontaines Rede klar für den Saarländer entschieden hatte. Vogel hatte im Berliner Kongreß-Zentrum die bittere Erkenntnis gewonnen, daß er ins Abseits gerät, wenn Oskar Lafontaine und Willy Brandt die Menge begeistern.

Der SPD-Chef, sonst immer korrekt, ließ sich auch nicht durch eine frühere Abrede bremsen. Am 13. Februar 1987, nach der verlorenen Bundestagswahl, hatte er in einem Gespräch mit Willy Brandt, Johannes Rau und Oskar Lafontaine den Saarländer als nächsten Kanzlerkandidaten favorisiert. Die Herren waren jedoch übereingekommen, bis weit in das Jahr 1990 hinein Stillschweigen zu bewahren. Kohls Herausforderer



Kandidat Lafontaine: „Gute Witterung für Gefahren“

sollte in der Öffentlichkeit nicht vorzeitig verschlissen werden.

Chancen in der Bundestagswahl versprechen sich die Sozialdemokraten ohnehin nur von einem Duell Lafontaine gegen Kohl: hier der eloquente, gescheite und bissige Volkstribun der jüngeren Generation, da der zwar erfahrene, aber tolpatschig wirkende Amtsinhaber.

Doch gerade jetzt, da die Genossen ihren wohl besten Wahlkämpfer ins Feld schicken möchten, hat Kohl aus heutiger Sicht besonders gute Karten: hervorragende Wirtschaftsdaten und eine deutsch-deutsche Entwicklung, die ihm wohl Gelegenheit zu weiteren historischen Auftritten bieten wird.

Nach der Entscheidung Vogels und noch vor der Wahl am kommenden Sonntag im Saarland ist die SPD nun

ohne Wenn und Aber auf den Deichgraf von der Saar angewiesen, wenn die nächsten Sturmfluten anrollen: Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein, Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern und Bundestagswahl im Dezember. Und am 6. Mai soll es in der DDR die ersten freien Volkskammerwahlen geben, die sicher Wirkungen auf die westdeutsche Wahlszene haben werden.

Die neue Lage birgt für die SPD mehr Risiken als Chancen. Lafontaine sieht seine Aussichten durch Vogels Vorpreschen nicht verbessert.

Zwar seien seine einheimischen Anhänger, so heißt es in der Saarbrücker Staatskanzlei, stolz darauf, daß „ihrem Oskar“ in Bonn

große Aufgaben zugetraut würden. Aber zugleich sei es kontraproduktiv, wenn in der heißen Phase des Wahlkampfes mehr über die Abwanderung nach Bonn als über die Titelverteidigung an der Saar gesprochen werde.

Wütend verkündete Lafontaine, die Entscheidung sei „noch nicht gefallen“; er stehe als Kanzlerkandidat, nur zur Verfügung, wenn er im Saarland die absolute Mehrheit der Mandate verteidige.

Hinter dieser Drohung steckt Wahltaktik. Lafontaine will die saarländischen Wähler davon abhalten, zu den Republikanern überzulaufen. Jede Stimme für die Repse, hämmert er seinen Zuhörern ein, sei eine Stimme gegen die Fortsetzung Lafontainescher Alleinregierung.

Wenn er aber trotz aller Anstrengungen im Saarland zu einer Koalition, etwa mit Grünen oder Liberalen, gezwungen sein sollte, dann muß er damit auch eine Vorentscheidung für Bonn treffen und sein wichtigstes Pfund für den Bundestagswahlkampf entwerfen: offen zu sein für alle Koalitionen, mit Grünen vom Zuschnitt eines Joscha Fischer, mit den Liberalen des Hans-Dietrich Genscher und sogar mit Unionschristen, die sich hinter Lothar Späth sammeln würden.

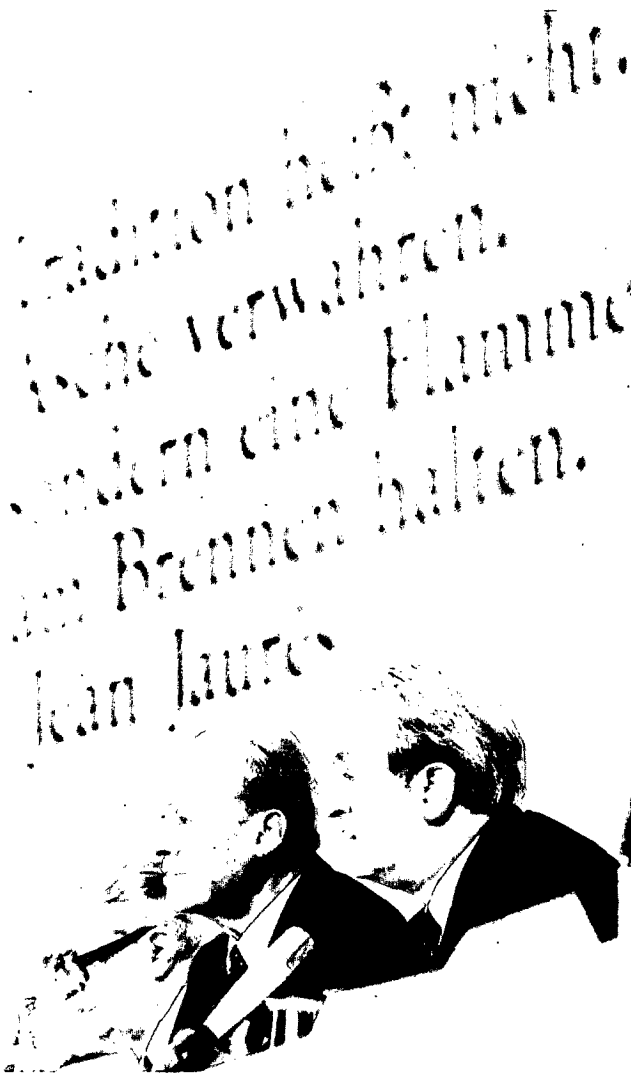
An den schlimmsten Fall mag keiner denken: Lafontaine verliert am 28. Januar klar die absolute Mehrheit an der Saar und verweigert sich der Kandidatur.

Hans-Jochen Vogel und seine Stellvertreter Johannes Rau und Herta Däubler-Gmelin stünden blamiert da, weil sie einen Kandidaten propagiert haben, der schon die erste Herausforderung nicht geschafft hat und der seinen voreiligen Fürsprechern dann Mitschuld an seinem Fehlversuch zuweist.

Müßte die SPD auf Vogel oder Rau zurückgreifen, hätte sie es besonders schwer: Beide haben ihr Desinteresse am Kanzleramt aktenkundig gemacht. Die Spekulation um neue Namen begänne: Walter Momper aus Berlin oder Björn Engholm aus Kiel?

Doch zu dieser belastenden Diskussion wird es wohl nicht kommen. Die SPD-Wahlexperten sehen keine Anzeichen für einen Einbruch ihres Wunschkandidaten. Umfragen signalisieren eher das Gegenteil. Lafontaine selbst gibt die Parole aus, solange die SPD bundesweit nicht unter 37 Prozent rutsche, werde es im Saarland reichen – dank des Sympathievorsprungs der Saar-SPD und des Oskar-Bonus.

Genüßlich registriert Lafontaine täglich, daß sein Fanklub auch im schwarzen Lager wächst. Wegen seines rigorosen Plädoyers für eine Deutschlandpolitik, die den DDR-Bürgern den Verbleib in der Heimat lohnenswert macht, das Übersiedeln in die Bundesrepublik aber erschwert und die Sozialsysteme in beiden Staaten damit vor schweren Problemen bewahrt, hatten ihn Unionspolitiker zunächst als vaterlandslosen Gesellen ohne Herz kritisiert. CDU-Generalsekretär Volker Rühe: „Schönhuber der



Lafontaine-Förderer Vogel, Brandt, Rau: Geheime Abrede

SPD.“ Arbeitsminister Norbert Blüm: „Gysis Zwillingsbruder.“

Inzwischen aber streichen auch die Unionsländer finanzielle Hilfen für DDR-Übersiedler, denkt auch die Bonner Koalition über Maßnahmen à la Lafontaine nach (siehe Seite 28). Christdemokrat Späth über den SPD-Kollegen: „Wo er recht hat, hat er recht.“ Lafontaine, der Saar-Napoleon, sieht sich wieder einmal bestätigt: „Jetzt robben sich alle ran an meine Position.“

In seinen Wahlversammlungen kassiert er kräftigen Beifall: „Es nützt nichts, wenn Kohl sagt ‚Willkommen in diesem unserem Vaterlande.‘ Das sind hohle Sprüche.“ Lafontaine verlangt die Revision gesetzlicher Bestimmungen, die vor Öffnung der Grenzen richtig waren, jetzt aber zum Ausbluten der DDR führen können. „Deutschlandpolitik ist in dieser Zeit nicht in erster Linie die Freude über das Öffnen der Grenzen, sondern die Bewältigung der neuen Situation.“

Der Saarländer ist überzeugt, daß er mit seinem Themenschwerpunkt auch

für die Auseinandersetzungen der künftigen Monate, bis hin zur Bundestagswahl, im Trend liegt. Als Herausforderer möchte er Kohl als Kanzler entlarven, der mit den Stichworten „Wiedervereinigung“, „Einheit“ und „Brandenburger Tor“ zwar die Emotionen seiner Anhänger trifft, vor Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit von Wessis und Zonies aber kapituliert.

Lafontaines Einschätzung scheint zu stimmen. Der Kanzler bedient im saarländischen Wahlkampf voll die nationalen Gefühle und stempelt den roten Oskar zum „schrankselosen Opportunisten“, der „jedem am Stammtisch nach dem Munde“ rede. Sich selbst sieht Kohl bereits in der Rolle eines deutschen Kanzlers, dessen Name auf immer und ewig mit der Wiedervereinigung verbunden sein wird.

Einem guten Freund vertraute Kohl an, er sei durch die Ereignisse in Deutschland „neu motiviert“, er sei wohl auserkoren, das „Wunder der Einheit“ zu erleben und mitzugestalten. Im Wahlkampf werde die Freude über die Einheit „über den Neid“ siegen.

In patriotische Konkurrenz zu Kohl will Lafontaine nicht treten. „Er ist aus Überzeugung Internationalist“, so ein Vertrauter.

In seiner Berliner Parteitage-Rede hatte Lafontaine seine Distanz zum Nationalstaat deutlich gemacht: „Entscheidend für mich ist, daß es meinen Freunden in Leipzig, in Dresden und überall in der DDR genauso geht wie mir und meinen Freunden in Wien“ – diese „Idee der sozialen Gerechtigkeit“ sei „immer vorrangig gegenüber der Idee, wie zukünftige Staaten zu schaffen seien“.

Soziale Gerechtigkeit aber sei die „Achillesferse der Konservativen“, erklärte er den Genossen. „Hier können wir sie jagen; hier haben wir ein Instrument, allen Übersteigerungen des Nationalismus, die jetzt wieder hochgekommen sind, zu widerstehen.“

Lafontaine kann sich für die Bundeshauptstadt Bonn zwar nicht begeistern, aber das Kanzleramt würde er sich allemal zutrauen. Die unter Sozialdemokraten verbreitete These, er sei nur der bessere Wahlkämpfer, findet Lafontaine unzutreffend. Mit dem ihm eigenen, manchmal bis zur Arroganz gesteigerten

Selbstbewußtsein hält er sich auch für einen exzellenten Regierungschef.

Ob Vorstand eines Verkehrsbetriebs, Oberbürgermeister oder Ministerpräsident – Stationen seiner Karriere –, „die Arbeitsmethode ist überall gleich“, sagt Lafontaine. „Ich hätte keine Probleme, mich als Kanzler zu organisieren.“

Probleme hätten wahrscheinlich die anderen, wenn der Saarländer versuchen sollte, in Bonn ähnlich unkonventionell zu arbeiten wie in seinem Miniland. Da ist er die unumschränkte Nummer eins.

Die Geschäfte in der Staatskanzlei erledigt Lafontaine längst mit links, Kabinettsitzungen sind ihm oft lästige Pflicht. SPD-Fraktionschef Reinhard Klimmt, erster Anwärter auf die Nachfolge Lafontaines, schönt die Herrschaftsmethode seines Freundes ein wenig, wenn er sagt, der springe „mit seinen Ministern zwar schon mal grob um“, sei aber „meistens sehr menschlich“ und trage „mit Ironie und Wortspielen zum Unterhaltungswert der Sitzungen bei“.

Andere Vertraute haben im Kabinett auch schon eine „unangenehme Atmosphäre der Angst“ gespürt. Mit dem „Instinkt eines bissigen Hundes“ nehme Oskar „am liebsten die Minister an, die es sich gefallen lassen“.

Wenn die Regierungsberatungen ihn langweilen oder er wieder einmal Zoff veranstaltet hat, macht sich Lafontaine gern auf und davon. Diese Ausflüge kann er sich leisten. Auf Freund Klimmt ist Verlaß. Der Fraktionschef sitzt – eine eigenwillige Form der Gewaltenteilung – regelmäßig im Kabinett und schlüpft, wenn der Boß fehlt, in dessen Rolle.

Die wenigen Vertrauten spannt Lafontaine stark ein. „Ob er mit einem Mitarbeiter zufrieden ist“, sagt einer von ihnen, „merkt man daran, wieviel er zu tun hat.“ Da kann es vorkommen, daß der Ministerpräsident einen Helfer bittet, sich mal eben anzugucken, „was ich da geschrieben habe“. Er hat dann schon verdrängt, daß der Entwurf von ebenjenem Helfer stammt.

Daß er im Saarland alles unter Kontrolle hat, dafür sorgt Lafontaine auch mit seiner Personalpolitik. In der ersten Kabinettsitzung nach der Regierungsübernahme 1985 bat er seine Minister, ihren Wunsch-Staatssekretär aufzuschreiben und ihm die Zettel zu geben. Kaum einer bekam seinen Kandidaten. Und in der Saar-SPD gilt die Devise: Keine Sternchen neben dem Star. Wer außerhalb des Ländchens kennt schon die Partei-Stellvertreter Norbert Engel



Als halbrechter Stürmer

und Heinrich Wahlen? Der Regierungschef ist der „Dompteur, der den Zirkus zu Höchstleistungen antreibt“, sagt ein Minister. Oskar Lafontaine hat sich seine souveräne Machtposition in den ersten Regierungsjahren durch viel Fleiß erarbeitet. Er kümmerte sich um alle politischen Sachfragen, „bis ich sagen konnte, nun lassen wir's laufen“, sagt Lafontaine. „Das ist meine Art der Delegation.“

Dabei kommen ihm, rühmt Klimmt, „eine schnelle Auffassungsgabe und ein strategischer Blick“ zugute. Lafontaine, erzählt ein enger Mitarbeiter, überfliege ein 20-Seiten-Papier und frage nach drei Minuten, was es denn mit einer Passage auf Seite 16 auf sich habe: „Dann hat er mit Sicherheit den wunden Punkt.“ Der Gepriesene ist weit davon entfernt, solchen Einschätzungen zu widersprechen: „Ich habe eine gute Witterung für Gefahren.“

Die Parole „Oskar nach Bonn“ schlachtet Lafontaine seit einigen Jahren raffiniert zur Steigerung seiner Popularität an der Saar aus. Er hat den Grenzländern eingeredet, es gereiche ihnen zum Vorteil, wenn einer der Ihren in Bonn für ihre Interessen streite.

Alle Diskussionen um seine Person wußte er stets mit einer ordentlichen Prise Koketterie zu würzen: mit der Frage nämlich, ob er, der Bonvivant, Feinschmecker und Freund der schönen Künste, sich eigentlich zumuten solle, ins triste Bonn der Polit-Karrieristen und „Sesselfurzer“ zu wechseln. Er brauche Bonn nicht, um glücklich zu sein, aber vielleicht brauche Bonn ja ihn. Seit seinem Amtsantritt als Ministerprä-



Als Kumpel unter Kumpeln



Als Freund guten Essens\*

**Selbstdarsteller Lafontaine:** „Instinkt eines

sident im Jahre 1985, verstärkt nach der verlorenen Bundestagswahl 1987, hat Lafontaine systematisch seine Startbahn in Richtung Bonn aufgebaut, ohne sich eindeutig festzulegen, ob er sie jemals benutzen wird. Seine politischen Konflikte, er nennt sie „Spielchen“, trafen stets den Nerv, zuletzt beim Thema Übersiedler.

Aber auch schon früher machte er bundesweit Schlagzeilen. Mit dem Schmähwort „Deutschtümerei“ zog er gegen ein restriktives Asylrecht zu Felde, mit dem Reizthema „Sonntagsarbeit“ wollte er der Wirtschaft mehr Freiraum für eine flexiblere Arbeitszeitpolitik verschaffen. Und sein Streit mit den Gewerkschaften um eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich sollte das Klischee abräumen, ein SPD-Kanzler müsse immer ein Gefangener der Gewerkschaften sein. Lafontaine flirtete demonstrativ mit Politikern aus dem anderen Lager und signalisierte damit

\* Mit Bruno Pierini vom Bonner Hotel Cecilienhöhe.



Als Dirigent in Dillingen



Als Autogrammschreiber mit Fans  
bissigen Hundes"

neue Koalitionsmöglichkeiten: mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher und mit Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Lothar Späth.

Der Saarländer handelte stets so, daß sich bei Freund und Feind die oberste Etage angesprochen fühlen mußte. Seine eigentlichen politischen Gegner, die Opposition im saarländischen Landtag, ignorierte er. Wahlreden sind so angelegt, als bewerbe sich Kohl um den Saartitel, Lafontaines Herausforderer, der CDU-Umweltminister Klaus Töpfer, kommt nicht vor. Wenn Töpfer, unterstützt vom saarländischen FDP-Chef Horst Rehberger, ihm vorwirft, er führe die Wähler hinters Licht, weil er nicht die Staatskanzlei, sondern das Kanzleramt anstrebe, kontert Oskar: Damit beweise Töpfer, daß er Helmut Kohls Niederlage bei der Bundestagswahl schon für besiegelt hält.

Das gefällt den Genossen. Lafontaine ist meist einen Tick schlagfertiger als die anderen. Und immer wieder hat er ein Thema parat, an dem sich seine Freunde und seine Gegner reiben können. Die

Kontrahenten werden zu nützlichen PR-Helfern.

Lafontaine hat es zur Methode gemacht, politische Anstöße in die Öffentlichkeit zu tragen, kontroverse Debatten an Stammtischen und in Parlamenten auszulösen und dann, wenn es sein muß, Abstriche und Korrekturen hinzunehmen. Am Ende aber steht er als Meinungsführer, als Macher mit Visionen auf dem Podest.

Wer so arbeitet, muß Rückschläge einkalkulieren. Und manchmal fallen sie so herb aus, daß selbst Lafontaine sehr kleinlaut wird.

Bei seinem Versuch, Übersiedlern aus dem anderen Deutschland den Zuzug in den Westen mit Hilfe eines alten Gesetzes aus der Zeit des Kalten Krieges zu verwehren, fielen alle über ihn her, der Kanzler und der SPD-Chef – Lafontaine schloß schleunigst seine Asservatenkammer.

Den Befähigungsnachweis für die Kanzlerschaft in Bonn will er erbringen, wenn er im Mai das sozialdemokratische Regierungsprogramm „Fortschritt 90“ (F 90) vorstellt. Unter seinem Vorsitz basteln seit November 1988 Partei- und Fraktionsexperten an einem Konzept für die SPD-Bundestagswahlplattform. Zentrale Vorgabe des Saarländers: Alles, was die Roten versprechen, muß ohne neue Schulden zu bezahlen sein. Bei einer Zwischenbilanz im August vergangenen Jahres meldete allerdings die Abgeordnete Ingrid Matthäus-Maier noch einen Fehlbetrag von 31,4 Milliarden Mark – bei „Realisierung aller angemeldeten Ausgaben“.

Zum zentralen Wahlkampfschlager wollen die Sozis den „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ aufmotzen: Der Umwelt zuliebe wollen sie zusätzlich 32,8 Milliarden Mark Steuern auf die Preise von Benzin (plus 50 Pfennig pro Liter), Diesel, Heizöl, Flugbenzin, petrochemische Grundstoffe und Gas packen. Dazu kommen Abgaben auf Schadstoffe, die in die Luft geblasen oder ins Wasser gepumpt werden, auf Einwegflaschen aus Glas, auf Kunststoffverpackungen und auf Alu-Dosen.

Im Gegenzug sollen Lohn- und Einkommensteuer um 15 Milliarden Mark sinken, soll die Kfz-Steuer abgeschafft und Fernpendlern eine höhere Pauschale gezahlt werden. Der Weg zur Arbeit – gleich ob im Auto oder zu Fuß bewältigt – soll mit 50 Pfennig je Kilometer steuerlich begünstigt werden. Rentner, Arbeitslose, Studenten und Sozialhilfeempfänger dürfen auf Ausgleich für höhere Energierechnungen hoffen.

Bislang haben noch nicht alle Genossen Lafontaines Öko-Konzept gebucht. Die Sozialpolitiker sind für höhere Benzinpreise erst zu haben, wenn sie den Wählern verbindlich milliardenteure Etat-Zusagen für eine soziale Grundversicherung und eine Pflegesicherung für Alte und Kranke machen dürfen. Lafontaine will diesen Wechsel vorerst nicht querschreiben. Zunächst will er bis März wissen, was westdeutsche Hilfe für die DDR kostet. Er hat die Abgeordneten Rudolf Dressler (Soziales), Wolfgang Roth (Wirtschaft) und Harald B. Schäfer (Umwelt) beauftragt, die Mehrbelastung für das F-90-Budget auszurechnen. In einer Podiumsdiskussion mit dem Grünen Joschka Fischer bremste Lafontaine allzu hohe Erwartungen: „Wir dürfen programmatisch nur das anbieten, was wir auch durchsetzen können.“

Der Saarländer möchte die Bestätigung der Kandidatur – sollte er an der Saar gewinnen – am liebsten bis nach den Wahlen in NRW und Niedersachsen am 13. Mai hinauszögern. Sollte die SPD nämlich in Düsseldorf wieder siegen und in Hannover die Macht zurückkehren, wäre die Unionsmehrheit im Bundesrat gebrochen. Dann könnte Lafontaine dem Regierungsprogramm seinen Stempel aufdrücken.

Sicher ist, daß sich ein Kanzlerkandidat Lafontaine im Wahlkampf mit den wichtigsten Leuten seiner F-90-Truppe umgeben würde – allen voran Ingrid Matthäus-Maier als Schatten-Finanzministerin. Wichtigster Wahlhelfer des 46jährigen aber soll einer werden, der schon fast alles hinter sich zu haben schien: Willy Brandt, 76, seit der DDR-Revolution populärer denn je.

Brandt wird mitmachen: „Daß ich einem Kandidaten mit meinem Rat zur Verfügung stehe, davon kann man ausgehen. Ich sperre mich nicht.“